

Sie bedürfen in besonderer Weise der Unterstützung beim Vereinsmanagement und der Öffentlichkeitsarbeit.

- Baubehörden sollten der potenziellen Brisanz von Moscheebauvorhaben Rechnung tragen und besonderen Wert auf Verfahrenstransparenz, geregelten Informationsfluss und eine offene Gesprächssituation legen (vgl. Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009, S. 211-112). Seitens der

Kommunalpolitik wie der muslimischen Akteure gilt es, die entscheidenden zivilgesellschaftlichen Kräfte (einschließlich der Kirchen) im Stadtteil frühzeitig in den Planungsprozess einzubeziehen.

Literatur

Beinhauer-Köhler, Bärbel/Claus Leggewie 2009: Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. München.

Haug, Sonja/Stephanie Müssig/Anja Stichs 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. BAMF Forschungsbericht 6. Nürnberg.

Halm, Dirk 2012: The Current Discourse on Islam in Germany. In: International Journal for Migration and Integration 2012, DOI: 10.1007/s12134-012-0251-7.

Halm, Dirk/Martina Sauer/Jana Schmidt/Anja Stichs 2012: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. BAMF-Forschungsbericht 13. Nürnberg.

Fels, Patrick/Hans-Peter Killguss/Hendrik Puls (Hg.) 2012: Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte. Beiträge und Materialien 5 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln. Köln.

MAIS NRW 2010: Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

Schmitt, Thomas 2008: Die Mehrdimensionalität von Moscheebaukonflikten. In: Friedrich-Ebert-Stiftung

(Hg.): "Im Schatten des Minarets". Moscheebaukonflikte in Deutschland. Policy Paper der Politischen Akademie der FES No. 25. Berlin, S. 5-6.

Schmitz, Adelheid/Alexander Häusler 2009: Aktiv für eine vielfältige, soziale und demokratische Stadt - kommunale Strategien gegen die extreme Rechte. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 241-257.

Telli, Ercan 2008: Integrationspolitik und Aktivitäten gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Oberhausen: Beispiele aus der Praxis. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 285-290.

Uslucan, Haq-Halil 2011: Dabei und doch nicht mittendrin. Die Integration türkeistämmiger Zuwanderer. Berlin.

Policy Paper

Die *Policy Paper* des ZfTI greifen aktuelle politische Debatten zu den Themen Migration, Einwandererintegration, Türkei und türkisch-europäische Beziehungen auf. Sie skizzieren knapp und orientiert auf die politische Praxis den jeweiligen wissenschaftlichen Kenntnisstand und leiten Schlussfolgerungen für politische Steuerungsaufgaben ab. Die *ZfTI Policy Paper* erscheinen in unregelmäßiger Folge und sind über das ZfTI zu beziehen.



Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)

Altendorfer Straße 3, 45127 Essen

Tel. +49 (0) 201/3198-0 - Fax: +49 (0) 201/3198-333

www.zfti.de - zfti@zfti.de

Verfasser: Dirk Halm / Gestaltung: Cem Sentürk / Foto: DITIB

Das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung ist eine Stiftung des Landes NRW und Institut an der Universität Duisburg-Essen.



Moscheen und Moscheebaukonflikte

Aktuell entzünden sich in Deutschland Konflikte zwischen "Einheimischen" und Einwanderern vermehrt an Moscheebauvorhaben.

Bundesweite Beachtung erlangte etwa die Auseinandersetzung um den Bau der Kölner DITIB-Zentralmoschee, in deren Folge die rechtspopulistische PRO-Bewegung erstmalig größere Aufmerksamkeit fand.

Mögliche Erklärungen für die Entstehung des Konfliktfeldes rund um den Moscheebau sind vielfältig. Bedeutsam ist sicher, dass einerseits im Laufe des vergangenen Jahrzehnts (angesichts von islamistisch motiviertem Terrorismus) in den westlichen Gesellschaften eine generalisierende Islamskepsis zugenommen hat (Halm 2012). Diese wird unter Umständen durch rechtsextreme und islamfeindliche Organisationen instrumentalisiert (Fels et. al. 2012). Andererseits begreifen sich die Muslime immer stärker als der deutschen Gesellschaft zugehörig und sind auf Anerkennung und Repräsentation ihres Glaubens bedacht, auch im öffentlichen Raum (vgl. Uslucan 2011, S. 86). Zugleich begünstigen weitere Trends, wie die mit Blick auf die deutschstämmige Bevölkerung

ungünstige demographische Entwicklung in vielen Städten und die Krise der christlichen Kirchen, Ängste unter den "Einheimischen".

Der Islam in Deutschland befindet sich währenddessen in einer Konsolidierungsphase, in der viele muslimische Gemeinden bestrebt sind, bisherige bauliche Provisorien durch repräsentative Moscheen zu ersetzen. Grundsätzlich wird damit das "Konfliktfeld Moscheebau" an Bedeutung gewinnen. Zugleich sind die Erfahrungen mit Bauvorhaben und Moderationsprozessen vor Ort mannigfaltig.

Die Entstehung von Moscheebaukonflikten ist keineswegs zwangsläufig, sondern hängt von einer Reihe von Bedingungen ab, auf die die Stadtgesellschaft und die Kommunalpolitik einwirken können.

Das vorliegende Policy Paper soll zum Verständnis von Moscheebaukonflikten beitragen und pragmatische Strategien gegen eine Spaltung der Stadtgesellschaft skizzieren.



Muslimisches Gemeindeleben heute -

Suche nach Repräsentation und Anerkennung

2012 hat das ZfTI im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) die erste bundesweite Studie zu Angeboten und Organisationsstrukturen muslimischer Gemeinden in Deutschland vorgelegt (siehe Halm et al. 2012).

Aus dieser Studie geht hervor, dass aktuell rund 2.350 muslimische einschließlich alevitische Gemeinden mit Gebetsräumlichkeiten in Deutschland existieren. Die meisten dieser Gemeinden machen weit über religiöse Dienstleistungen hinausgehende Angebote. Orientierungshilfen in der deutschen Gesellschaft (z. B. Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberatung, Hausaufgabenhilfe, deutsche Sprachkurse) nehmen einen breiten Raum ein, wobei die Vereinbarung religiöser und nicht religiöser Angebote selbstverständlich scheint. Je vielfältiger das religiöse Angebot ist, desto vielfältiger ist auch das nicht religiöse Angebot - und beides richtet sich nach den personellen, finanziellen und infrastrukturellen Möglichkeiten der Moscheen und Cem-Häuser. Dieser Befund widerspricht der von Islamkritikern gern unterstellten tendenziellen desintegrativen Wirkung der Moscheen.

Heute haben (nur) 12% der Moscheen ein Minarett, während 39% der muslimischen Gemeinden laut der ZfTI-Studie Bauprojekte planen. Diese sind weniger im unzureichenden Raumangebot der

bestehenden Bauten begründet (das in der ZfTI-Befragung dem Nutzerumfang weitgehend angemessen erscheint), als vielmehr in dem Bedürfnis, Eigentum in Form repräsentativer Gebets- und Vereinsstätten zu bilden und damit auch im öffentlichen Raum sichtbar zu werden. An der relativ großen Zahl der geplanten Bauprojekte wird mit hin deutlich, dass zukünftig beträchtliches Potenzial für Konflikte mit der Mehrheitsgesellschaft um Moscheebauten besteht - eine Herausforderung, der vor Ort begegnet werden muss.

Dimensionen von Moscheebaukonflikte

Das sich wandelnde gesellschaftspolitische Umfeld, in dem Moscheeneubauten stattfinden und das die Entstehung von Konflikten tendenziell begünstigt, wurde eingangs bereits angesprochen. Aufgrund der vergleichenden Betrachtung des Verlaufs unterschiedlicher Bauprojekte unterscheidet Thomas Schmitt (2008) vier Dimensionen von Moscheebaukonflikten:

Raum: Diese Konfliktdimension bezieht sich auf Bauvorhaben in ihrer konkreten Ortsgebundenheit. Baurechtliche Fragen und Nachbarschaftskonflikte sind hier zu verorten.

Ethnisch-kulturelle Differenz: Hierzu zählen die Qualität des Zusammenlebens von Mehrheit und Minderheit, Ängste der deutschen Bevölkerung vor kulturellem Wandel durch muslimische Einwanderung und die politische Instrumentalisierung dieser Ängste.

Religion: Diese Dimension fasst im interreligiösen Dialog begründete Konflikte zusammen.

Kommunikation: Schließlich sind Entstehung und

Muslimische Verbändelandschaft in der Bundesrepublik

Als größter Verband muslimischer Gemeinden in Deutschland organisiert die auf Initiative des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten gegründete DITIB die (relative) Mehrheit der sunnitischen Muslime in Deutschland. Die IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) ist der größte (sunnitische) staatsunabhängige Verband und zugleich wichtiges Mitglied im Dachverband Islamrat. Als zweiter Dachverband organisiert der ZMD (Zentralrat der Muslime in Deutschland) Verbände und Einzelorganisationen unterschiedlicher Herkunftsgruppen und Glaubensrichtungen. Der VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren) schließlich vertritt einen mystisch geprägten sunnitischen Islam. Die bedeutendste alevitische Organisation ist die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF). Der KRM (Koordinierungsrat der Muslime), bestehend aus DITIB, Islamrat, ZMD und VIKZ, hat sich im Zuge der Deutschen Islamkonferenz konstituiert. Neben diesen größten Verbänden existieren zahlreiche weitere, regionale, herkunfts- oder bekenntnisorientierte Zusammenschlüsse sowie Gemeinden, die nicht verbandlich organisiert sind.

Verlauf von Moscheebaukonflikten von der Existenz funktionierender Informationskanäle zwischen den potentiellen Konfliktakteuren und von deren Gesprächsfähigkeit bestimmt.

Diese Dimensionen sind ein Strukturierungsangebot,

das Moscheebaukonflikte in ihrer Komplexität zu verstehen hilft und zugleich Ansatzpunkte für das Engagement seitens der Stadtgesellschaft und Kommunalpolitik einschließlich der Verwaltung bietet. Dabei werden einzelne

Maßnahmen und Strategien in der Regel mehr als eine der oben genannten Dimensionen betreffen, und nicht alle Dimensionen sind in gleichem Umfang politischer Einflussnahme zugänglich.

Politische Einflussmöglichkeiten auf den konstruktiven Verlauf von Bauprojekten

Erfahrungen in unterschiedlichen Kommunen mit Moscheebauvorhaben legen eine Reihe von Strategien nahe, die zu einem konstruktiven Entscheidungs- und Bauprozesses beitragen. Einige wichtige sind die folgenden:

- Konflikte um Moscheebauten haben eine hoch symbolische Konnotation. Sie spiegeln nur zum Teil ein zuvor funktionierendes oder nicht funktionierendes interkulturelles Zusammenleben im Stadtteil. Insofern entsprechen sie einer für den Umgang mit dem Islam in Deutschland auch generell gültigen Beobachtung, dass Islamablehnung oft nicht dem unmittelbaren Erleben und der Begegnung "vor Ort" geschuldet ist, sondern vermittelt wird (Halm 2012). Das inzwischen regel-

mäßige Auftreten rechtspopulistischer und islamfeindlicher Organisationen wie der PRO-Bewegung, deren Aktivitäten zumeist nicht vor Ort wurzeln, sondern von Außen (drohende) Konflikte instrumentalisieren, können im Sinne der Vermittlung von Islamablehnung äußerst negative Wirkungen haben. Die scharfe Abgrenzung von Politik und Gesellschaft gegenüber diesen Organisationen ist damit eine wichtige Voraussetzung für gelingende Moderationsprozesse.

- Zugleich darf die Auseinandersetzung mit Ängsten in der Bevölkerung nicht unterbleiben. Es gilt, politischer Instrumentalisierung auch dadurch vorzubeugen, dass die Kommunalpolitik über den Islam und die konkrete Glaubensgemeinschaft, die einen Bauantrag stellt, informiert, diese für die Beteiligung an Informationskampagnen gewinnt und frühzeitig die lokalen Medien einbezieht (Telli 2008, S. 289). Dabei sollte die Informationspolitik, analog zu der Vorgehensweise rechter Bewegungen, klienteladäquat und aufsuchend sein (Schmitz/Häusler 2008, S. 250).
- Die muslimischen Gemeinden sind in noch stärkerem Maß auf freiwilliges Engagement angewiesen und verfügen über weniger professionelle Ressourcen als die meisten christlichen Gemeinden.

Muslimen und

ihre Glaubensrichtungen in Deutschland

In Deutschland leben heute rund 4 Mio. Menschen muslimischen Glaubens. Eine Mehrheit von 74 % rechnet sich der sunnitischen Glaubensrichtung zu, von denen die meisten türkische Wurzeln haben, gefolgt von den ebenfalls aus der Türkei stammenden Aleviten mit 13 % (wobei es unterschiedliche Auffassungen bezüglich ihrer Zugehörigkeit zu den Muslimen gibt) und Schiiten mit einem Anteil von 7 % (Haug et al. 2009, S. 79). In NRW leben zwischen 1,3 und 1,5 Mio. Muslimen (MAIS NRW 2010, S. 34). Aleviten versammeln sich statt in Moscheen in den sog. Cem-Häusern.

Verträge in Hamburg und Bremen

Einen neuen Weg der Integration der Muslime beschreiben in jüngster Zeit die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die Vereinbarungen mit muslimischen Verbänden geschlossen haben, die etwa muslimische Feiertage, die Vertretung in öffentlich-rechtlichen Gremien, den Religionsunterricht, aber auch die Frage des Moscheebaus regeln. Für den Moscheebau haben die Verträge allerdings eher deklamatorischen Wert. Die Parteien bekennen sich zum Recht auf den Bau von Gebetshäusern bzw. zu einem abgestimmten Vorgehen. Die grundsätzliche (bau)rechtliche Situation, die im Rahmen des Rechts auf freie Ausübung der Religion und der damit grundsätzlich verbundenen Baumöglichkeit von Fall zu Fall zu Konflikten führen kann, bleibt jedoch unberührt.